



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des
Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Delkenheim
am Mittwoch, 13. Juni 2018
Bürgerhaus Delkenheim, Münchener Straße 2

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gemäß § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und die Beschlussfähigkeit gemäß § 53 HGO in Verbindung mit § 82 HGO fest.

Von der Verwaltung waren anwesend:

Robert Nemeth, stellv. Leiter der Ortsverwaltung

Ferner anwesend:

6 Bürgerinnen und Bürger
2 Pressevertreter

Die Niederschrift umfasst 8 Seiten.

Anlagen, die der Niederschrift beigelegt sind:

- Tagesordnung ohne Anlagen
- Anwesenheitsliste
- Beschlüsse Nr. 0017 bis 0024

Buchroth
Ortsvorsteher

Wilhelm
Schriftführerin

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Antragsteller
----------------	-----------------	---------------

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Tagesordnungspunkt 1

0017

Geschäftsordnungsangelegenheiten

Einstimmig

Die Niederschrift vom 17.04.2018 wird genehmigt

Auf Antrag der CDU-Fraktion sollen die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zusammen behandelt werden. Die SPD-Fraktion stellt einen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt Geschwindigkeitsüberwachung - Auswertung.

Beiden Änderungen wird zugestimmt. Der Ortsvorsteher begrüßt Frau Ruwwe als neue Vertreterin des Senkorenbeirats.

Mitteilungen:

Auf Beschluss Nr. 0012 vom 17.04.2018 zu dem Thema Baugebiet Lange Seegewann teilt Dezernat V Stadtrat Kowol mit Schreiben vom 09.05.18 mit, dass derzeit fachliche Abstimmungen zu div. Themen (u.a. Erschließung, Verdichtung, Lärm etc.) stattfinden. Außerdem wird die frühzeitige Beteiligung in Form einer Bürgerversammlung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vorbereitet und die dafür notwendigen Bebauungsplanunterlagen erarbeitet. Der Termin wird rechtzeitig veröffentlicht.

In der letzten Sitzung des Ortsbeirates am 17.04.18 wurde der Beschluss Nr.0009 auf Widmung eines Teils des Rathausplatz in Regina-Maaß-Platz gefasst. Mit Schreiben vom 23.05.18 von Dezernat V teilte Stadtrat Kowol mit, dass durch die Umbenennung eines Teils des Rathausplatzes dieser zentrale Platz mit einer Gesamtfläche von 1224 m² zwei Namen auf kleinster Fläche erhalten würde. Insbesondere bei ortsunkundigen Menschen und Rettungskräften könne dies zur Verwirrung führen und sei deshalb aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht anzuraten. In einem persönlichen Austausch zwischen Herrn Stadtrat Kowol und dem Ortsvorsteher wurde die besondere Sensibilität dieses Themas für Delkenheim hervorgehoben. Seitens des Dezernats wurde klargestellt. Dass das Antwortschreiben als ein fachlicher Hinweis zu verstehen ist. Gleichwohl werde der Beschluss des Ortsbeirats selbstverständlich respektiert und entsprechend umgesetzt. Der Ortsvorsteher begrüßte diese einvernehmliche Sichtweise ausdrücklich, ebenso wie eine zeitnahe Umsetzung. Im Rahmen der Ortsbeiratssitzung hob der Ortsvorsteher die sachbezogene und wertschätzende persönliche Kommunikation mit Herrn Stadtrat Kowol hervor und bedankte sich bei Herrn Oberbürgermeister Gerich für dessen Unterstützung.

Auf eine Anregung der CDU-Fraktion in der Sitzung des Ortsbeirates im Dezember 2017 die Platane in der Münchener Straße vor Haus Nr. 1 zurückzuschneiden, teilte das Grünflächenamt mit, dass der für das Frühjahr 2018 geplante Rückschnitt nunmehr im Herbst diesen Jahres durchgeführt wird.

Der Ortsvorsteher teilt mit, dass die Lärmschutzkommission am 24.04.2018 getagt habe und alles im wesentlichen unverändert sei. Beschwerden seien gering. Widerstand richte sich derzeit hauptsächlich

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Antragsteller
----------------	-----------------	---------------

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

gegen die Überwachungsflüge des Polizeihubschraubers. Diese sind vom Land Hessen angeordnet und werden auch nicht aufgehoben.

Zum Verkehrsentwicklungsplan Wiesbaden 2030 gab es am 06.06.2018 einen Work-Shop, an dem u. a. Ortsvorsteher und Mitglieder des Umweltausschusses teilnahmen. Im Rahmen des Workshops wurden auch die bekannten Verkehrsprobleme der östlichen Vororte erörtert und dabei auch das für Delkenheim wichtige Thema Belastung durch starken Durchgangsverkehr vorgebracht. Dabei wurde auch wiederholt auf die Sinnhaftigkeit und dringende Notwendigkeit einer Umgehung entlang der bestehenden Bahnstrecke zwischen der L 3028 und der L 3017 verwiesen. Seitens der Projektverantwortlichen wurden diese Themen aufgegriffen und eine weitere Bearbeitung im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes Wiesbaden 2030 angekündigt.

In diesem Zusammenhang teilt der Ortsvorsteher mit, dass Herr Stadtrat Kowol als zuständiger Dezernent für den Bereich Verkehr seinen Besuch für die Ortsbeiratssitzung im Dezember angekündigt habe. Im direkten Austausch könnten dann Fragen rund um die Verkehrsbelastungen erörtert und ggf. geklärt werden.

Da es einige unbeantwortete Beschlüsse/Protokollnotizen gibt, wird die Verwaltung gebeten diese anzumahnen

Tagesordnungspunkt 2

0018	18-V-67-0003	Stadtrat Kowol
------	--------------	----------------

Änderung der Friedhofssatzung und Gebührenanpassung

Einstimmig

1. Das in der Anlage 4 beigefügte Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG (SWS) vom 18.12.2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der in der Anlage 1 beigefügte Entwurf einer Satzung zur Änderung der „Ortssatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Friedhofssatzung)“ und der "Gebührenordnung zur Ortssatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Friedhofsgebührenordnung)" wird als Satzung beschlossen.
3. Es wird weiterhin beschlossen, dass die bisherige Systematik zu Ermittlung des Stadtanteils (sog. "Grünpolitischer Wert") geändert und den Vorgaben des Kommunalabgabengesetz (KAG) angepasst wird. Der Stadtanteil wird zukünftig auf 15 v. H. der Pflegekosten für das Friedhofsumfeld festgesetzt.

Sowohl die beabsichtigte Änderung der Friedhofssatzung als auch das damit im Zusammenhang zu sehende Friedhofsentwicklungskonzept 2030 wurde im Ortsbeirat sachlich und kontrovers diskutiert. An verschiedenen Beispielen wurden die zum Teil erheblichen Gebührenerhöhungen erörtert. Seitens des Ortsbeirats wurde anerkannt, dass eine Anpassung der Gebührenkalkulation von 2011/2012 grundsätzlich nachvollziehbar ist. Aber schon hier ergeben sich Nachfragen, warum eine zeitnähere,

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Antragsteller
----------------	-----------------	---------------

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

kontinuierliche und damit ggf. weniger drastische Anpassung bisher versäumt wurde. Der Ortsbeirat befürchtet, dass gerade ältere und sozial schwache Menschen mit diesen wesentlichen Gebührenanpassungen vergleichsweise sehr stark belastet werden. Letztlich ist absehbar, dass eine drastische Gebührenanpassung den Trend zu kostengünstigen Bestattungsformen weiterhin verstärken wird, was dann eine weitere Spirale in Gang setzt die laufenden Friedhofskosten mittels Gebühren decken und dann anpassen zu müssen.

Der Ortsbeirat nimmt zur Kenntnis, dass es wohl bisher keine belastbaren, gesamtstädtische Daten zum Liegenschaftsbestand und -zustand der städtischen Friedhöfe gibt. Er begrüßt daher ausdrücklich, dass mit dem bereits seit einiger Zeit angekündigten Friedhofsentwicklungskonzept 2030 und die darin enthaltene Ermittlung von Sanierungsbedarfen nunmehr eine verlässliche und zukunftsfähige Grundlage für ein effizientes und zielgerichtetes Liegenschafts- und Vertragsmanagement geschaffen werden soll. Aus Sicht des Ortsbeirats erscheint es naheliegend, dass Sanierungs- und Einsparungspotentiale bereits im Zuge der aktuellen Gebührenanpassungen mit berücksichtigt werden müssten. Demnach wäre eine zügige Ermittlung dieser Chancen und Bedarfe angezeigt und dann eine daran angepasste Gebührenanpassung sinnvoll.

Auf Basis der zur Verfügung stehenden Unterlagen und den daraus abgeleiteten Fragehaltungen und Vorbehalte lehnt der Ortsbeirat die Sitzungsvorlage einstimmig ab

Tagesordnungspunkt 3

0019	18-V-67-0007	Stadtrat Kowol
------	--------------	----------------

Friedhofsentwicklungskonzept 2030 - Ermittlung Sanierungsbedarfe

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Dezernat V/67 die Erstellung des Friedhofsflächenentwicklungskonzepts 2030 betreibt und erste Ergebnisse im Kontext der Gebühreennachkalkulation ab 2022 herangezogen werden sollen. Ziel ist neben der Anpassung der Bestattungsmöglichkeiten an sich verändernde Bestattungskultur sowie die Begrenzung künftiger Erhöhungen der Friedhofsgebühren. Weiterhin soll mit diesem Entwicklungskonzept der Instandhaltungs- und Sanierungsbedarf auf den Wiesbadener Friedhöfen und die daraus entstehenden Kosten ermittelt werden.
2. Dezernat V/67 wird in diesem Zusammenhang beauftragt, mögliche Flächenreduzierungen sowie die Frage zu prüfen, ob baufällige Gebäude und Anlagen aufgegeben bzw. geschlossen werden können.
2. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden mit dem Entwicklungskonzept den Gremien zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag der Fraktionen im Ortsbeirat unter Tagesordnungspunkt 2 mit abgestimmt. Siehe Beschluss Nr. 0018 Änderung der Friedhofssatzung und Gebührenanpassung

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018

Beschl. Vorlagen Antragsteller
Nr. Nr.

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Tagesordnungspunkt 4

0020 18-O-10-0014 Ortsvorsteher

Verbesserung Spielplatz Hainweg -Antrag des Ortsvorstehers-

Einstimmig

Der Antrag erfolgt übergreifend für alle Fraktionen des Ortsbeirats und basiert auf dem einstimmigen Ortsbeiratsbeschluss 0011 vom 17.04.2018 „Weitere Aufwertung des Spielplatzes am Hainweg“.

Am 23. Mai 2018 fand hierzu ein Ortstermin des Ortsbeirats mit Vertretern des Grünflächenamtes statt. Im gemeinsamen Austausch wurden die Anregungen und Anfragen des Ortsbeirats zur Verbesserung des Kinderspielplatzes und deren Umsetzungsmöglichkeiten erörtert.

Als ein grundlegendes Ergebnis kann dabei festgehalten werden, dass nun doch eine Erweiterung um eine zusätzliche Rutsche grundsätzlich möglich ist und einvernehmlich eine Verbesserung der Einzäunung anerkannt wird.

Zur Finanzierung beider Maßnahmen hat das Fachamt nunmehr Kostenschätzungen vorgelegt und dazu auch die finanzielle Beteiligung des städtischen Fachbereichs formuliert.

Hierzu gilt es sich im Ortsbeirat zu beraten und dann einen Beschluss herbeizuführen

Die Kostenschätzung des Grünflächenamtes bezifferte die beiden Maßnahmen jeweils mit 10.000,00 €, wobei sich das Grünflächenamt hälftig nur bei der Errichtung des Zaunes beteiligen könne. Für die Kleinkinderrutsche stehen im Haushalt Angabe gemäß keine Mittel zur Verfügung

Von Mitgliedern der FDP- sowie SPD-Fraktion wurde signalisiert, sich bei Geschäftsleuten aus dem Stadtteil Delkenheim um eine Spende zu bemühen um die Kleinkinderrutsche ebenfalls aufstellen zu können. Diese Sponsoren könnten z. B. auf einem Schildchen namentlich erwähnt werden.

Der Ortsbeirat stellt 5.000,00 € aus seinen Verfügungsmitteln für die Errichtung eines Zaunes bereit. Ein Beschluss zum Bau einer Kleinkinderrutsche wird auf Basis der dann aktuell vorliegenden Erkenntnisse über mögliche finanzielle Unterstützungen noch in diesem Jahr erfolgen.

Tagesordnungspunkt 5

0021 18-O-10-0012 CDU

Tiefengeothermie -Antrag der CDU-Fraktion-

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018

Beschl. Vorlagen Antragsteller
Nr. Nr.

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Einstimmig

Beim Gemeinschaftsprojekt der Landeshauptstadt Wiesbaden, der Rhein-Main Deponie GmbH und der ESWE Versorgungs-AG hat sich aufgrund der bisherigen Untersuchungen ein geologisch besonders geeignetes Gebiet für eine mögliche Tiefengeothermieanlage herauskristallisiert, das zwischen Hochheim, dem nördlichen Rand der Deponie Wicker, Massenheim und Delkenheim liegt. Auch Delkenheim ist also tangiert. Bereits Anfang 2015 war deshalb die Tiefengeothermie Gegenstand einer Ortsbeiratssitzung. Inzwischen hat es zwar eine Probebohrung zwischen Massenheim und Delkenheim gegeben; dies ist aber geraume Zeit her. Eine Änderung hat sich auch insoweit ergeben, als der Main-Taunus-Kreis im Juli 2017 seinen Ausstieg aus dem Projekt angekündigt hat. Vor diesem Hintergrund und angesichts dessen, dass man seit geraumer Zeit nichts mehr von der Tiefengeothermie zwischen Massenheim und Delkenheim gehört hat, ist es für Delkenheim von Interesse, wie der Sachstand ist und ob das Projekt nach dem Ausstieg des Main-Taunus Kreises überhaupt noch weiter verfolgt wird. Deshalb wird folgender Antrag gestellt:

Der Ortsbeirat möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1.) ob das Projekt Tiefengeothermie zwischen Massenheim und Delkenheim noch weiter verfolgt wird und
- 2.) falls ja, wie der aktuelle Sachstand ist und wie die weiteren Planungen in zeitlicher und sachlicher Hinsicht zum Projekt Tiefengeothermie zwischen Massenheim und Delkenheim sind.

Zur Beantwortung und Erläuterung dieser Fragen könnte ggf. der Umweltdezernent der Stadt Wiesbaden in eine der nächsten Ortsbeiratssitzungen kommen.

Tagesordnungspunkt 6

0022 18-O-10-0015 SPD

99% Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Münchener Straße und 72 % Geschwindigkeitsüberschreitungen am Mühlberg erfordern wirkungsvolle Gegenmaßnahmen
-Antrag der SPD-Fraktion-

Einstimmig

Auf Veranlassung des Ortsbeirats wurden Geschwindigkeitsmessungen in der Münchener Straße auf Höhe der städtischen Kindertagesstätte und am Mühlberg, einer der Straßenengpässe in Delkenheim, vorgenommen. Die dabei aufgezeichneten Messdaten bezeugen ein erschreckendes Ergebnis.

Am Messpunkt Münchener Straße, auf Höhe der städtischen Kindertagesstätte und des Bürgerhauses, besteht ein Tempolimit von 30 km/h. In der Zeit vom 09.03. bis 27.03.2018 wurden an 19 Wochentagen insgesamt 19.710 Fahrzeugbewegungen registriert. Von diesen 19.710

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes
Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018**

Beschl. Vorlagen Antragsteller
Nr. Nr.

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Fahrzeugbewegungen wurden bei 98,84% (19.482) eine Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h festgestellt. Über die Hälfte dieser Geschwindigkeitsüberschreitungen lagen dabei zwischen 46 und 55 km/h und damit erheblich über der Zulässigkeitsgrenze. Hierfür wären Bußgelder von jeweils 30 € fällig. Der Gesamtbetrag der fälligen Bußgelder würde sich allein dafür auf rechnerisch rd. 298.000,00 € (9.935 x 30 €) belaufen.

Am Messpunkt Mühlberg besteht ebenfalls eine Tempolimit von 30 km/h. In der Zeit vom 08.02. bis 24.02.2018 wurden an 17 Wochentagen insgesamt 22.477 Fahrzeugbewegungen registriert. Davon waren 16.294, also rd. 72%, Geschwindigkeitsüberschreitungen. Rd. 56% dieser Geschwindigkeitsüberschreitungen lagen zw. 31 und 39 km/h und hätte jeweils ein Bußgeld von 10 € zur Folge. Für den Aufzeichnungszeitraum ergäbe sich nur hierfür ein Gesamtbetrag an Bußgeldern in Höhe von 127.170,00 € (12.717 x 10€).

Die nunmehr belegten Zahlen über Geschwindigkeitsüberschreitungen an den beiden Messstellen führen überdeutlich vor Augen, dass ein dringendes Eingreifen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen erforderlich sind. Wir müssen unsere Kinder, die Anwohner, die Verkehrsteilnehmer schützen und dafür Sorge tragen, dass Verkehrsregeln zum Schutze aller eingehalten werden. Unsere Erfahrungen belehren uns, dass die Einhaltung von Verkehrsregelungen fast nur noch durch eine verstärkte Überwachung des Verkehrs und/oder durch bauliche Maßnahmen möglich ist.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass an den neuralgischen Punkten in der Münchener Straße und am Mühlberg regelmäßig und zeitnah Radarüberwachungen stattfinden.

Darüber hinaus erneuert der Ortsbeirat seine Anliegen, gemeinsam mit dem zuständigen Fachbereichen konkrete Lösungen zu finden, die zu einer langfristigen Entschärfung der Verkehrssituation führen

Tagesordnungspunkt 7

0023 18-O-10-0013 101300

Verfügungsmittel

Verfügungsmittel wurden unter TOP 4 genehmigt.
Es erfolgten keine weiteren Anträge

Tagesordnungspunkt 8

0024

Verschiedenes

1. Der Ortsvorsteher gibt bekannt, dass an der Domäne ein Fahrradmietsystem eingerichtet wird.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes
Wiesbaden-Delkenheim am 13. Juni 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Antragsteller
----------------	-----------------	---------------

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

2. Frau Ruwwe vom Seniorenbeirat stellt sich und ihre Aufgaben im Seniorenbeirat kurz vor.
3. Eine Anfrage eines Bürgers zum Sachstand der neuen Kindertagesstätte des Deutschen Roten Kreuzes in Delkenheim teilt der Ortsvorsteher mit, dass der Eröffnungstermin im August unverändert bleibt.
4. Der Ortsvorsteher weist auf die Informationsveranstaltung zum Thema Wallauer Spange am morgigen Donnerstag 14.06.2018 hin.
5. Ebenfalls gibt er einen Hinweis auf das Rathausplatzfest am 16. + 17.06.2018 sowie die Live-Übertragungen der Fußballspiele mit deutscher Beteiligung auf dem Sportplatz.
6. Die nächste Sitzung ist für den 22.08.2018 geplant.